



BUND-INFORMATIONEN AUS NORDRHEIN-WESTFALEN November 2005

Vielen Ankündigungen folgten nun erste Taten: Nachdem Schwarz-Gelb bereits zu Wahlkampfzeiten heftig gegen die Windkraftnutzung mobil machte, kommt als eine der ersten konkreten Amtshandlungen der neuen Landesregierung ein neuer Windkraft-Erlass. Diese Neuregelung droht einen florierenden Wirtschaftszweig auszubremsen, erweist angesichts der weltweiten Klimaveränderungen und der Endlichkeit fossiler Energieträger den Menschen und dem Naturschutz einen Bärendienst und ist in Teilen schlichtweg rechtswidrig.

Vor allem die geplante Einführung eines generellen Mindestabstands für Windkraftanlagen von 1.500 m zur

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange auf den Erlass geeinigt hatte, verkündigten die beteiligten Minister Thoben, Uhlenberg und Wittke vor der Presse, dass sie von einer breiten Zustimmung der Naturschutzverbände ausgingen. Erst einen Monat später sollte durch eine nachgeschobene Anhörung dann der Beteiligungspflicht nachgekommen werden.

Ohne den BUND. In einem Brief an Bauminister Oliver Wittke hat der BUND sein Befremden über dieses Vorgehen geäußert und die Teilnahme an der Anhörung abgesagt. Da das Kabinett den Erlass bereits abgesegnet hatte, sahen wir keine Chance für eine ergebnisoffene Diskussion.

Proteste gegen Windkraft-Verhinderungserlass der Landesregierung

„Ideologische Luftnummer“

Wohnbebauung stößt nicht nur beim BUND auf Ablehnung. Würde diese Regel 1:1 für alle industriellen Betriebe angewandt, wäre NRW weitgehend industriefrei. Da diese Regelung gegen geltendes Bundesrecht verstößt, prognostizierte der Bundesverband WindEnergie bereits eine Klageflut. Mit dieser Regelung, so die Befürchtung, wird zudem das so genannte *Repowering* verhindert. Im Ersatz vorhandener Anlagen durch weniger, aber leistungsstärkere und immissionsärmere Windräder liegen große Potenziale. Diese drohen nun ungenutzt zu bleiben.

„Das ist das erste, was wir kaputtmachen werden“

Bauminister Wittke zur Windkraftnutzung

„Das Argument eines verbesserten Landschaftsschutzes ist absolut unglaubwürdig und heuchlerisch. Der Erlass ist eine ideologische Luftnummer“, so der BUND-Landesvorsitzende Klaus Brunsmeier. Durch Braunkohlentagebaue würden ganze Landstriche verwüstet. Dazu habe die Landesregierung den bislang geschützten Außenbereich durch gesetzliche Änderungen für die Bebauung geöffnet. Und Windkraftanlagen sollen jetzt aus Gründen des vermeintlichen Landschaftsschutzes aus eben dieser verbannt werden?

Ungewöhnlich auch der neue Stil der Landesregierung: Nachdem sich das Kabinett ohne vorherige

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Bundesverband WindEnergie (BWE) und dem Anlagenbauer ENERCON warnte der BUND vor dieser „Verhinderungsstrategie von Windkraftanlagen“. Die Landesregierung bremse mit dem „Windkraftverhinderungserlass“ die zarten Ansätze auf dem langen Weg zur notwendigen NRW-Energiewende aus. Eine solche Politik gefährde dezentrale Energieerzeugungsstrukturen und 10.000 direkte und indirekte Arbeitsplätze in NRW. Davon profitiere lediglich die Kohle- und Atomlobby. Auch die Gewerkschaften teilten diese Kritik. „Ungetrückt von Verantwortung und Sachkenntnis betreibt die Landesregierung ihre Anti-



Vereint gegen die Windkraft: Bauminister Oliver Wittke (vorne), Energieministerin Christa Thoben, Umweltminister Eckhard Uhlenberg

Montage: Jansen

Windkraft-Marotten auf dem Rücken tausender Beschäftigter“, so der Chef der IG Metall in NRW, Detlef Wetzels. Auch der Bauernverband und die IHK kritisierten den Erlass heftig.

Einzig der FDP-Fraktionsvorsitzende im Düsseldorfer Landtag, Gerhard Papke, sah sich bestätigt. „Das nun angestimmte Protestgeschrei zeigt, dass die

Landesregierung mit dem Windkrafterlass auf dem richtigen Weg ist,“ sagte der Anti-Windkraft-Hardliner. Die „Verschandelung Nordrhein-Westfalens“ müsse endlich ein Ende haben. (dj)

Mehr Infos zum Windkraft-Erlass:

<http://www.bund-nrw.de/lpm592005windkrafterlass.htm>

Schwarz-gelbe Zwischenbilanz

„Der BUND muss beharrlich bleiben“

Im Gegensatz zu den früheren Wahlen, bei denen immer alle Parteien gewonnen hatten, gab es bei der Bundestagswahl am 18. September 2005 keine Gewinner. Schwarz-Gelb wurde trotz massiver Medienunterstützung nicht gewählt, Rot-Grün kann nicht weiter regieren, die Linke errang wesentlich weniger Stimmen als erwartet und machte es sich in den Berliner Sesseln gemütlich.

Logische Folge: Große Koalition

Die Themen und Aufgaben, die in Deutschland angepackt werden müssen, haben aber nichts an Brisanz verloren. Da ist zunächst die berechtigte Skepsis, dass nur allein die Wirtschaft die Probleme löst. Dies haben die Menschen mit ihrer Wahl auch zum Ausdruck gebracht, und sie hatten guten Grund dazu: „Keine Regierung hat jemals so viel für die Wirtschaft getan“, stellte Harald Korte, Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Südwestfalen treffender Weise am Tag nach der Bundestagswahl fest. Die Körperschaftssteuer sei auf 25% gesenkt worden und mit Hartz IV habe Kanzler Schröder ein bisher beispielloses Reformwerk durchgeführt.

Genützt hat diese Politik nur den großen Unternehmen. Immer weniger Unternehmen erzielen gigantische Gewinne, und immer mehr Menschen erhalten immer geringere Löhne und Gehälter oder werden in die Arbeitslosigkeit abgedrängt. Dazu kommen die erheblichen Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Sozialsysteme.

Keine Zeit für Umwelt und Naturschutz also?

Mitnichten. Unaufhaltsam rücken ökologische Themen vom Straßenbegleitgrün in die inneren Bereiche der harten Machtpolitik, auch wenn die organisierte Ignoranz der häufig verwickelten Chefetagen von Industrie und Politik immer noch der Illusion nachhängt, mit der guten alten Wachstumspolitik die Probleme zu lösen, um anschließend ein wenig Umweltschutz zu betreiben. Mit jedem Hochwasser, mit jedem Hurrikan, mit jedem Preisschub für Öl und kriegerischen Auseinandersetzungen um Rohstoffe wird klarer, dass nur andere Lebensstile und das Ende der Verschwendungswirtschaft uns Menschen ein Überleben in einer halbwegs intakten Umwelt ermöglichen werden.

Leider wurden in den ersten 100 Tagen der neuen schwarz-gelben Landesregierung erste kleine NRW-Fortschritte in eine ökologischere Richtung bereits wieder zerstört. Die Entscheidung für das Dreckschleuder-Kraftwerk Neurath zementiert eine unverantwortliche Klimazerstörung für weitere 40 Jahre, ein ideologisch motivierter neuer Windkrafterlass demontiert einen florierenden Wirtschaftszweig im Bereich der erneuerbaren Energien und erste kleine Schritte für eine artgerechtere Tierhaltung (z.B. der so gen. Schweinehaltungserlass) wurden sofort wieder aufgehoben; grüne Gentechnik soll auch in NRW Einzug halten.

Eine solche schwarz-gelbe Rechnung wird aber nicht aufgehen, das hat bereits das Bundestagswahlergebnis in NRW gezeigt. Und wer Bürokratieabbau sagt, meint Demokratieabbau.

Es bleibt also auch unter neuer Bundes- und Landesregierung dringender denn je, dass der BUND beharrlich seine Positionen immer wieder neu einfordert. Für die Bewältigung der großen Zukunftsfragen sind sie die besten Konzepte, das haben 30 Jahre BUND Arbeit eindrucksvoll bewiesen.

Ihr/euer
Klaus Brunsmeier
Landesvorsitzender



Klaus Brunsmeier, BUND-Landesvorsitzender: „Leider wurden in den ersten 100 Tagen Schwarz-Gelb kleine Fortschritte in eine ökologischere Richtung zerstört.“

Foto: Jansen

BUND feiert Jubiläum

10 Jahre Apfelsaftprojekt in Bochum

Das Streuobstprojekt des BUND Bochum feiert Geburtstag: Seit nunmehr 10 Jahren sammeln unsere Aktiven vor Ort jeden Herbst Äpfel von traditionellen Obstwiesen aus Bochum, Witten, Hattingen und Sprockhövel. Sie lassen die Früchte in einer regionalen Mosterei zu naturtrübem Saft pressen und vermarkten diesen nur in der Region.

„Obstwiesen sind ökologisch wertvoll“, so Annette Hoffstiepel, Sprecherin des Apfelsaftprojekts. „Unser Ziel ist es, diese Flächen zu erhalten und die Eigentümer zu motivieren, diese Flächen zu pflegen und Bäume nachzupflanzen“. Die Anlieferer erhalten deshalb für ihre Äpfel deutlich mehr als marktüblich - als Anreiz und Belohnung dafür, dass sie hochstämmige Obstbäume wählen, diese regelmäßig schneiden und keine Pestizide verwenden. Seit dem Start 1995 wurden mehr als 93.000 kg Äpfel gesammelt und deren Saft in knapp 90.000 Mehrwegflaschen abgefüllt.

Die BUND-Streuobstprojekte sind damit ein Paradebeispiel dafür, wie Naturschutz und gesunde Ernährung Hand in Hand gehen. Ausgangspunkt der Bochumer Aktivitäten war eine Obstwiesenkartierung im gesamten Stadtgebiet, bei der der BUND etwa 180 alte Obstwiesen erfasste. Fazit: Viele Streuobstwiesen sind überaltert und die Bäume werden kaum noch geschnitten. Mit dem Projekt weckt der BUND seit zehn Jahren das Interesse am Obstwiesenschutz, berät bei der Sortenwahl, gibt Tipps zum richtigen Pflanzen, bietet Schnittkurse an und belebt die Vermarktung. „Vieles von dem, was wir uns vorgenommen haben, ist gelungen“, ziehen die Verantwortlichen ein Resümee, „aber nach wie vor gibt es vor allem beim Nachpflanzen von hochstämmigen Obstbäumen deutliche Defizite und gehen Flächen verloren.“

Gefeiert wurde das Jubiläum kürzlich im Bochumer Umweltzentrum. Nach einem Festvortrag mit einem launischen Rückblick auf 10 Jahre ‚Saft machen‘ gab es jede Menge Obstkuchen. Anschließend wurden Dutzende Kinder selber zu kleinen Vermostern: sie pressten frische Streuobstäpfel und verkosteten sofort den Saft. (rb)

Apfelernte auch in Neuss

„Nüsser Appel“ und „Blauer Kölner“

In Neuss bietet die BUND-Ortsgruppe jetzt das 3. Jahr Privatleuten die Pressung von Apfelsaft aus ihren ungespritzten Früchten an. Außerdem werden die Äpfel einer städtischen Streuobstwiese aufgesammelt und von einem Bioland-Obstbauern zu Saft verpresst.

Nach einem kleinen Namenswettbewerb unter Neusser BürgerInnen heißt dieser Saft nun „Nüsser Appel“. Der Namensfinderin Eleonore Hillebrand wurde jetzt ihr Gewinn in Form eines 10-Liter-Kartons „Nüsser Appel“ überreicht. Frau Hillebrand zeigte sich großzügig und spendete den Apfelsaft einem Kindergarten, dessen Kinder sich im vorigen Jahr so eifrig am Regiomarkt der Lokalen Agenda 21 beteiligt hatten. Nun können die Kinder selber schmecken wie lecker Produkte aus der heimischen Region sind.

Noch klein, aber fein, sagen sich die Neusser. Im letzten Jahr wurden 850 Liter Apfelsaft hergestellt und verkauft. Dieses Jahr sah es bei der Menge der auf der städtischen Obstwiese selbst geernteten Äpfel trauriger aus. Dafür stieß das Angebot des BUND zur Versaftung der mitgebrachten Äpfel erneut auf rege Beteiligung: Über 130 kg rollten im wahrsten Sinn des Wortes auf den Hof. Darunter war auch ein unscheinbarer kleiner hellgrüner Apfel mit roter Wange und einer bläulichen Bereifung. Der hatte den schönen Namen „Blauer Kölner“ und war überhaupt nicht sauer sondern saftig und süß. Es soll sich dabei um eine regionale Sorte

handeln, die nur in einer Baumschule im Kreis zu kaufen ist. Unter den interessierten Blicken von Kindern und Eltern wurden die Äpfel gewaschen, geviertelt und dann ausgepresst. Dieser frische Apfelsaft schmeckte köstlich und konnte direkt in kleinen Mengen gekauft werden.

Die Ortsgruppe Neuss-Kaarst wird Mitte Oktober den neuen „Nüsser Appel“ auf dem Wochenmarkt zum Kauf anbieten und dabei Werbung für alte Hochstamm-Obstsorten und den Erhalt von Streuobstwiesen machen.

Ingeborg Arndt

Service:

In Kürze beginnt die neue Pflanzsaison. Sortenlisten für regionaltypische, altbewährte Obstsorten gibt es unter www.bund-nru.de/obstsortenlisten.htm. Weitere Auskünfte und Tipps bei Ralf Bilke, Tel. 0211 / 302005-20

Kontakt:

BUND-Ortsgruppe Neuss-Kaarst, Ingeborg Arndt, Tel.: 02131/94 01 77, Fax: 02131/94 07 33



Ingeborg Arndt (r.) überreicht der Namensgeberin Eleonore Hillebrand ihren „Nüsser Appel“





Foto: BUNDjugend

Straßentheater gegen Fluglärm: Mit pfiffigen Aktionsideen tourte das YOUmove2-Team durch ganz NRW und animierte zahlreiche Jugendliche, sich für einen umweltfreundlichen Verkehr einzusetzen.

BUND-Kampagne läuft aus YOU-move2 brachte NRW-Jugend in Schwung

In Zeitlupe nähern sich drei Flugzeuge den Anwohnern, die sich wegen des ohrenbetäubenden Lärms die Ohren zuhalten. Plötzlich erstirbt der Lärm, die DarstellerInnen erstarren und das rhythmische Schlagen der Trommel ertönt. Siegesgewiss tanzen die Flugzeuge um die am Boden kauern den Anwohner herum. Ein Sieg für den Flugverkehr? Nein, eine Straßentheateraktion der BUNDjugend NRW gegen den geplanten Ausbau des Düsseldorfer Flughafens. Anderthalb Jahre hat die BUNDjugend NRW im Rahmen des Projektes YOU-move2 mit vielfältigen Aktionen auf die ökologischen Auswirkungen des Verkehrs hingewiesen und Jugendlichen eine Plattform für ehrenamtliches Engagement geboten. Das von der Nordrhein-Westfälischen Stiftung für Umwelt und Entwicklung geförderte Projekt läuft Ende Oktober aus.

Wie kann ein umweltverträglicher und jugendgerechter Verkehr aussehen? Mit dieser Frage beschäftigten sich weit über 600 Jugendliche in Form von inhaltlichen Workshops, Podiumsdiskussionen, Rollenspielen, Straßentheater und anderen öffentlichkeitswirksamen Aktionen. So spannen beispielsweise die Teilnehmenden des Freiwilligen Ökologischen Jahres Utopien und entwickelten ihre eigene lokale Agenda mit dem Schwerpunktthema

Verkehr, lieferten sich Jugendliche auf den Jugendumwelttagen in Rollenspielen hitzige Diskussionen und fand eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema durch Theatermethoden statt.

In Köln spielte am 22.9. eine Hauptschulklasse Scotland Yard im Nahverkehr und begab sich mit U- und S-Bahn auf die Suche nach Mister X. Nach drei Stunden war Mister X gefasst und die Jugendlichen waren sich einig, dass umweltfreundliche Mobilität auf diese Weise Spaß machen kann.

Viele Jugendliche wurden auch mit dem Aktionsstand angesprochen, mit dem das YOU-move2-Team in ganz NRW unterwegs war. Dort spielten Jugendliche vor Ort u.a. das spannende Spiel „Wer wird Mobilionär“ und probierten auf dem Geschicklichkeitsparcours verrückte Fahrzeuge aus.

Für die tatkräftige Unterstützung durch die Kreis- und Ortsgruppen möchte sich das YOU-move2-Team herzlich bedanken.

Scarlett Werner

Mehr Infos: www.you-move2.de



Abgestürzt:

Regionalrat stimmt gegen Flughafenausbau

Das Aus für den „sinnlosesten Flughafenausbau der Republik“ (BUND-Experte Dr. Werner Reh) rückt näher. Ende September hat der Regionalrat bei der Bezirksregierung Düsseldorf der geplanten Startbahnverlängerung am Flughafen Mönchengladbach eine Absage erteilt. Von den 47 abgegebenen Stimmen hatten 22 mit Nein, 22 mit Ja votiert. Bei drei Enthaltungen gilt dieses Patt als Ablehnung. Ironie am Rande: Ein Ratsmitglied musste die Sitzung vorzeitig verlassen, um seinen Flug zu erwischen - er war Befürworter des Ausbaus und hätte den Ausschlag geben können.

Der BUND und die mit ihm kooperierenden Flughafengegner sehen sich damit in ihrer Kritik dieses sowohl verkehrspolitisch wie auch ökologisch unver-

trebaren Vorhabens bestätigt (siehe *NRW-Info 03/2005*). Doch ist dies auch das endgültige Aus? Die schwarz-gelbe Landesregierung könnte den Beschluss aushebeln, wenn sie das Ziel 'Ausbau des Flughafens Mönchengladbach' im Landesentwicklungsplan festschriebe. Dies gilt jedoch als eher unwahrscheinlich, nicht zuletzt, da der Flughafen Mönchengladbach im Luftverkehrskonzept 2010 der Landesregierung bislang keine Rolle spielt.

Zwar läuft auch das Planfeststellungsverfahren weiter. Bis Ende des Jahres soll das Ergebnis der Bezirksregierung über die zahlreichen Einwendungen und die Auswertung des Erörterungstermins vorliegen. Das diesbezügliche Wortprotokoll umfasst allein 2.600 Seiten. Bei positiver Entscheidung könnte die Flughafen GmbH an den Ausbau herangehen. Allerdings mit dem Risiko, bei einer möglichen Klage vor Gericht zu scheitern. Ein solches Scheitern wäre mehr als wahrscheinlich, da wegen des ablehnenden Regionalratsbeschlusses die für den Ausbau erforderliche Flächenausweisung fehlt.

Die Befürworter des Ausbaus wären also gut beraten, das Projekt nun auch offiziell zu beerdigen. (dj)

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/verkehr.htm

Geplantes Braunkohlenkraftwerk Neurath EU-Beschwerde gegen CO₂-Schleuder

Der BUND hat jetzt Beschwerde bei der Europäischen Kommission gegen die Genehmigung des Braunkohlenkraftwerks Neurath eingereicht. Der Bau dieses 2.200 Megawatt-Kraftwerks wäre ein fataler Rückschlag für den Klimaschutz: Mehr als 16 Mio. t/a des Klimagases Kohlendioxid würde allein dieses Kraftwerk ausstoßen - und das 40 Jahre lang.

Der BUND sieht das europäische Recht gleich in mehrfacher Hinsicht durch die von der Bezirksregierung Düsseldorf im Juni 2005 erteilte Genehmigung verletzt. So konnte z.B. der erforderliche Nachweis für die Einhaltung der Feinstaub-Grenzwerte nicht erbracht werden. Stattdessen wurde getrickt und getäuscht: Zur Beurteilung der Vorbelastung der Region wurde ausgerechnet derjenige Beurteilungspunkt herangezogen, der nach einigen Rechentricks gerade so eben noch die Grenzwerte einhält, während diese nebenan schon jetzt überschritten werden.

Auch das Verschlechterungsverbot der Europäische Wasserrahmenrichtlinie wird durch die Kühlwasser-einleitungen in die Erft missachtet. Wegen der Einleitungen aus den RWE-Kraftwerken und Tagebauen herrschen in der Erft schon jetzt tropenähnliche Bedingungen. Neben zahlreichen so gen. Neophyten, die ursprünglich in Südamerika heimisch waren,

wurden dort sogar schon Piranhas gesichtet. Eine Entwicklung, die durch höhere Wärmefrachten und Fremdwassermengen noch verstärkt werden würde.

Letztendlich ist nach wie vor auch das Hamsterproblem, wodurch das Vorhaben bundesweit Schlagzeilen machte, ungelöst. Die Einrichtung der Baustelle hat bereits einen nachgewiesenen Rest-Lebensraum dieser streng geschützten Art zerstört, obwohl es Standortalternativen gegeben hätte und der rechtlich erforderliche Nachweis der Allgemeinwohldienlichkeit des Vorhabens nicht erbracht werden konnte.

Ob die RWE AG das Kraftwerk jedoch bauen wird, ist trotz aller politischen Diskussionen weiterhin ungewiss. Der RWE-Vorstand hat den Bau vom Wohlverhalten der Bundesregierung abhängig gemacht. Nur wenn die anstehende Regelung zur Zuteilung von



Neurath bei Grevenbroich als Europäische Klimakiller-Hauptstadt: Kommt das neue Kraftwerk, werden dort jährlich insgesamt 32 Mio. t CO₂ ausgestoßen.

Emissionsrechten für die Periode 2008-2012 zur Zufriedenheit des Unternehmens ausfallen, wolle man die 2,2 Mrd.-Investition auch tätigen.

Dabei hatte unlängst auch Greenpeace mit einer beachtenswerten Studie nachgewiesen, dass eine alternative 2,2-Mrd.-Investition in ein dezentrales Netzwerk von Kraftwerken im direkten Vergleich bis zu 93 % der Kohlendioxid-Emissionen einspart und ein Plus von 1.500 Arbeitsplätzen schafft.

Auch volkswirtschaftlich spricht also alles gegen die Investition in die veraltete Braunkohlen-Verstromung. Klimaschutzpolitisch sowieso: Unter den Top Ten der 30 dreckigsten Kraftwerke in der EU rangieren alle vier RWE-Braunkohlenkraftwerke im Rheinland. Kommt das neue Kraftwerk, wird diese wenig schmeichelhafte Spitzenposition für vier Jahrzehnte gefestigt. (dj)

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/braunkohle. Dort finden Sie auch den Text der EU-Beschwerde und die Greenpeace Studie „2000 Megawatt - sauber!“



Traute Kirsch – ein etwas anderer Nachruf

von Dr. Michael Harenger

Warum trauern wir – ihre engsten Mitstreiter – um Traute? Denn immer wieder sind wir von inner- und außerverbandlichen Teilnehmern an Podiumsdiskussionen, Demonstrationen, Delegiertenversammlungen und Fachtagungen, an denen Traute maßgeblich beteiligt war, gefragt worden, wie haltet ihr das eigentlich aus? Durchaus – ihre Geduld mit Andersdenkenden aus den eigenen Reihen war nicht unendlich – aber dies wurde um ein Vielfaches aufgewogen durch die Brillanz ihrer sich manchmal als beängstigend prophetisch herausstellenden Analysen.

Dabei konnten wir Traute im kleineren Kreis als warmherzig, humorvoll und auch mit einer selten zu findenden Portion Selbstironie erleben, zum Beispiel als sie uns „gestand“, dass sie früher FDP-Anhängerin gewesen sei – allerdings zu einer Zeit, als diese Partei noch von Persönlichkeiten wie Karl-Hermann Flach geprägt wurde. Auch war sie – und viele, die sie nur in öffentlichen Debatten erlebt haben, werden es kaum nachvollziehen können – gelegentlich verzweifelt mutlos, wenn sie wieder einmal mit kalter emotionsloser Intellektualität von fremdgesteuerten Funktionären – oft Juristen – abgekanzelt worden war.

Doch wichtiger als solche Einblicke in den Menschen Traute Kirsch ist die Frage, was hat sie uns hinterlassen und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die zukünftige Verbandsarbeit?

Hartnäckig hatte sie sich mehr als 30 Jahre lang dagegen gewehrt, das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland – wie einst Hermann Höcherl – nur als lästiges und im Konfliktfall zu vernachlässigendes Stück Papier zu betrachten, was sie zuerst an den Auseinandersetzungen um die Atomenergie festmachte. Unendliche Mühe hat sie darauf verwenden müssen, die unseligen „Schweißnahtdiskussionen“ der 1980er Jahre ad Absurdum zu führen, was ihr auch weitgehend gelungen ist. Dass das Deutschland des Grundgesetzes seine Bürgerinnen und Bürger keinen unbeherrschbaren Risiken aussetzen darf, war ihre zentrale Botschaft. Dieses ist bis heute von vielen nicht verstanden worden, und es ist sicherlich eine wesentliche Verbandsaufgabe, dieses Postulat weiterhin offensiv zu vertreten.

Früher als andere im Verband hat sie auch die Gefahr gesehen und benannt, dass quasi anonyme, nicht direkt demokratisch legitimierte Institutionen legislative Gewalt über die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes ausüben und damit das Parlament und das Grundgesetz aushebeln. So war sie die erste, die selbst die Bundesgremien unseres Verbandes auf die Problematik des – letztlich nur an Frankreich gescheiterten – MAI (Multilateral Agreement on Investments) aufmerksam machen musste. Dieselbe Problematik besteht jedoch unverändert fort in Form solcher Organisationen wie der WTO, aber eben auch in Vertragswerken auf EU-Ebene wie z.B. dem Maastrichter Vertrag, die alle zur Einschränkung fundamentaler Rechte des Souveräns führen – zugunsten der Freiheit von Wirtschaftstreibern. Und was in diesem Zusammenhang besonders bedenklich stimmt, ist der Umstand, dass unsere Abgeordneten überwiegend gar nicht wissen, über was sie da abstimmen

Nachwuchs in Aktion:

Das Zukunftsscouts-Camp in Duisburg

Was würdest du an deiner Umwelt verändern, wenn du die Möglichkeit dazu hättest? Mit dieser Frage beschäftigten sich 15 Zukunftsscouts aus ganz NRW auf dem Camp für 11- bis 15-Jährige im Landschaftspark Duisburg Nord. Vom 05. bis 09. Oktober haben sie Umweltprobleme in Duisburg aufgedeckt, Lösungsvorschläge entwickelt und eigenständig eine Aktion vorbereitet.

Nach Streifzügen durch die Stadt, Diskussionen, Fantasiereisen und Brainstormings haben sich die Zukunftsscouts exemplarisch das Thema „ökologische Putzmittel“ ausgesucht, um eine öffentliche Aktion zu organisieren.

Es wurde geplant, gebastelt, geschrieben und geprobt, bis am Samstag die Aktion in der Duisburger Fußgängerzone stattfinden konnte. Mit einer kleinen Theaterperformance, Flyern und Flugblättern machten die Zukunftsscouts auf die Problematik von konventionellen Waschmitteln aufmerksam. Dazu machten sie Interviews, sammelten Unterschriften und verteilten kleine Proben von ökologischen Putzmitteln. Über 400 Flyer und Flugblätter sowie 100 Proben wurden verteilt.

Durch das Ergebnis motiviert, wollen sich die Zukunftsscouts auch weiterhin für den Umweltschutz engagieren. Wegen der großen Nachfrage findet in den Osterferien 2006 ein zweites Zukunftsscouts-Camp statt, bei dem die Zukunftsscouts erneut Methoden zur Projektentwicklung erlernen und ausprobieren können.

Julia Jörgensen

und schon gar nicht, was von Spitzenbeamten des Wirtschaftsministeriums bzw. des Kanzleramtes „geregelt“ wird.

Aber auch vor Entwicklungen auf nationaler Ebene hat Traute frühzeitig gewarnt, nämlich der Deregulierung. Während alle Parteien und Wirtschaftsfunktionäre unter der Fahne des „Bürokratie-Abbaues“ segelten, hat sie die inzwischen überdeutlich erkennbaren Folgen vorausgesehen: Aushebelung des Schutzes der Bürger vor staatlichen Planungen und privatwirtschaftlichen Projekten. Auch weil viele in den eigenen Reihen bis heute nicht verstanden haben, was da abläuft, geht der Prozess unvermindert weiter: Unter dem verharmlosenden Stichwort „Modellregion“ wird derzeit in Ostwestfalen-Lippe versucht, die Schutzrechte des Bürgers scheinbar auf den Stand einer „Bananenrepublik“ herunterzuschrauben - begonnen übrigens unter einer rot-grünen Landesregierung und einem grünen Regierungspräsidenten - mit dem Ziel, diese „Modellregion“ auf ganz Deutschland auszudehnen. Dieser Entwicklung kraftvoll entgegenzusteuern – so als ob die Gesetze zum Schutz der Bevölkerung vor schädigenden Umwelteinflüssen ein reiner Luxus in wirtschaftlich besseren Zeiten gewesen seien – muss eine vordringliche Aufgabe des ganzen Verbandes sein.

Auch auf lokaler Ebene machen sich bedenkliche Entwicklungen breit, die Traute frühzeitig aufgegriffen hat, zu einem Zeitpunkt als für viele Umweltschützer der Zusammenhang mit unseren Kernanliegen noch gar nicht erkennbar war: die Privatisierungswelle. Einerseits unter dem Druck leerer kommunaler Kassen (was sicher nicht nur an ausgabeintensiven Bundes- und Landesvorgaben lag, sondern auch an unsinnigen Prestigeprojekten im Hoch- und Tiefbau, die bestimmt jeder aus seiner Gemeinde benennen könnte!) und andererseits mit der ebenso platten wie pauschal unzutreffenden Behauptung, Private könnten es besser, auf jeden Fall aber billiger, wurde und wird in fast allen Kommunen nicht nur kommunales „Tafelsilber“ verramscht, sondern vor allem die Daseinsvorsorge mehr und mehr aus der kommunalen Verantwortung entlassen – bis hin zu den grotesken Auswüchsen des Cross-Border-Leasing.

In ihrer letzten Rede am 13.11.2004 anlässlich der Verleihung des Courage-Preises hat Traute Kirsch uns ihr Vermächtnis hinterlassen: *„Zu Beginn ... war es Ziel der Umweltpolitik, Risiken zu vermeiden, auszuschließen oder zu minimieren. Das Prinzip des Allgemeinwohls und das Bemühen, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und zu pflegen, waren sehr entscheidende Aspekte, die umwelt- und wirtschaftspolitische Entscheidungen beeinflussten. ... Ich hatte folgende Befürchtung: Eine Politik, die Wirtschaftsunternehmen das Eingehen unbeherrschbarer Risiken gestattet und sich dabei skrupellos über die Grundrechte der Bürger hinwegsetzt, begibt sich auf einen Weg, der zwangsläufig zur Beseitigung demokratischer Prinzipien und des Demokratieverständnisses in der Gesellschaft und damit zur Zerstörung der Demokratie führen muss. Und nach meiner Einschätzung hat die demokratische Entwicklung in Deutschland genau diesen Verlauf genommen.“*

Dem ist nichts hinzuzufügen. ■

Kontakt, Infos und Anmeldungen: BUNDjugend NRW, Postfach 1121, 59471 Soest, Tel.: 02921-33640, info@zukunftsscouts.de
(Für die freundliche Unterstützung bedanken wir uns bei der Duisburger Verkehrsgesellschaft AG)



Foto: BUNDjugend

BUND-Aktionen gegen Gentech

Maiskolben auf Reisen

Wie auch immer die Agrarpolitik der neuen Landesregierung aussehen mag: Der Widerstand gegen den Einzug der Gentechnik in die Landwirtschaft und unsere Lebensmittel hält unvermindert an.



In Hilden riefen der BUND und zwei örtliche, konventionelle Landwirte gemeinsam dazu auf, auch künftig die heimischen Ackerflächen ausschließlich gentechnikfrei zu bewirtschaften. In einer symbolischen Aktion stellten sie nahe der Itterbrücke Schilder mit dem Aufdruck ‚Gentechnikfreie Zone‘ auf.

Ob auf einem Hoffest in Mönchengladbach, den Umwelttagen in Wetter und Nümbrecht, dem Bioerlebnistag in Köln oder vor der Zentrale des Raiffeisenverbandes in Bonn: der Maiskolben ist immer dabei! (rb)

Weitere Infos zur Gentechnik unter www.bund-nrw.de/landwirtschaft.htm

Interesse, bei künftigen Aktionen mitzumachen? Tatkräftige Hilfe und kreative Ideen sind stets willkommen! Rückfragen bitte bei Ralf Bilke, Agrarreferent des BUND NRW, Tel. 0211 / 302005-20, ralf.bilke@bund.net

Wald-Schenkung

BUND-Wäldchen in Willich

In den Sonnenscheinsbenden“ - so lautet die prosaische Flurbezeichnung einer 1 Ar großen Waldparzelle bei Willich-Anrath, deren stolzer Besitzer nun der BUND ist. Bis zu 150 Jahre alte Buchen und Eichen wachsen dort in den Himmel und erfreuen sich nunmehr der Fürsorge des BUND. Möglich machten dies die Gebrüder Gerd und Georg Mankat mit einer Schenkung. In einer ersten Maßnahme wurde das Wäldchen von Müll gesäubert. Jetzt wird versucht, das Refugium zur jagdfreien Zone zu wandeln.

Almut Grytzmann-Meister (Vorsitzende der Kreisgruppe Viersen), Klaus Brunsmeier (BUND-Landesvorsitzender), Gerd und Georg Mankat, die beiden Spender des Wäldchens und Günter Beyertz (Schatzmeister der Kreisgruppe, v.l.n.r.) bei der Einweihung am 28. August 2005

+++ kurz & wichtig +++

► **Vorankündigung LDV 2006:** Die nächste Landesdeligiertenversammlung des BUND NRW findet am 30. April 2006 in Köln statt. Die vorläufige Tagesordnung sieht den Rechenschaftsbericht des Vorstands, Berichte, Finanzen, Wahlen und Anträge vor.

► **Netzwerk für die Ruhr:** „Der Zustand der Ruhr und ihrer Nebengewässer ist verbesserungswürdig“, darüber herrschte beim ersten Wassernetz-Regionalseminar Ruhr in Hagen große Einigkeit. Aktive Gewässerschützer tafeln sich Mitte September, um sich über die Wasserrahmenrichtlinie und ihre Auswirkungen im Einzugsgebiet der Ruhr zu informieren. Dass es bei der zukünftigen Maßnahmenplanung zu einer wirklichen Verbesserung kommt, dafür will sich jetzt der neu gegründete ‚Arbeitskreis Ruhr‘ einsetzen.

Die Veranstaltung war Teil des Projekts Wassernetz NRW, das von den drei Naturschutzverbänden BUND, LNU und NABU getragen wird. Ein Ziel des Projekts ist es, in allen NRW-Einzugsgebieten Netzwerke zur Begleitung der Wasserrahmenrichtlinie zu etablieren.

Wer sich daran beteiligen möchte oder weitere Informationen sucht, kann sich an das Wassernetz (info@wassernetz-nrw.de) oder an den Koordinator für das Einzugsgebiet der Ruhr, Christian Edler, christian.edler@freenet.de, wenden.

► **Besserer Schutz für Greifvögel:** Das Landesumweltministerium, die nordrhein-westfälische Ornithologengesellschaft, der Landesjagdverband NRW, die Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt sowie die Umweltschutzverbände BUND und NABU haben Ende August eine gemeinsame Erklärung zum Schutz von Greifvögeln unterzeichnet. Mit der „Düsseldorfer Erklärung gegen illegale Greifvogelverfolgung in NRW“ sprechen sich alle Beteiligten geschlossen gegen illegales Töten aus und für einen verbesserten Schutz von Habicht, Rotmilan und Co.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/naturschutz.htm. Dort finden sie auch die Vereinbarung im Wortlaut.



Foto: Meister

IMPRESSUM: Das *NRW-Info* wird herausgegeben vom **Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.** ♦ **Anschrift:** BUND NRW e.V., Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, Tel.: 0211/302005-0, Fax: 0211/302005-26, eMail: bund.nrw@bund.net, www.bund-nrw.de ♦ **Vi.S.d.P.:** Klaus Brunsmeier, Landesvorsitzender ♦ **Redaktion & Layout:** Dirk Jansen (dj), Geschäftsleiter, dirk.jansen@bund.net ♦ **Auflage:** 16.200 ♦ **Druck:** Brühlsche Universitätsdruckerei Gießen ♦ **BUND-Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln, BLZ: 370 205 00, Konto-Nr. 8 204 700 ♦ **Hinweis:** Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder! ♦ Das *NRW-Info* erscheint viermal im Jahr. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 30.12.2005 ♦ © BUND NRW November 2005

(Nachdruck oder sonstige Verwertung nur mit Genehmigung des BUND NRW)